

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Herbert Behrens, Sevim Dağdelen,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 18/8422 –

Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer

A. Problem

Die sowjetischen Kriegsgefangenen gehören zu den von der rassistisch motivierten Vernichtungspolitik der Nazis besonders betroffenen Gruppen. Sie wurden von den Nazis als „Untermenschen“ diffamiert und verfolgt. Diese Politik spiegelt sich in einer extrem großen Todeszahl der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam wider.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten würden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/8422 abzulehnen.

Berlin, den 22. Juni 2016

Der Haushaltsausschuss

Dr. Gesine Löttsch
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Dr. André Berghegger
Berichterstatter

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. André Berghegger, Dr. Hans-Ulrich Krüger, Dr. Gesine Löttsch und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 173. Sitzung am 2. Juni 2016 den Antrag auf **Drucksache 18/8422** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie an den Innenausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag aus Anlass des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion ein öffentliches Zeichen setzen, indem er die Überlebenden für das erlittene Unrecht um Verzeihung bittet. Aus Sicht der antragstellenden Fraktion ist so eine politische Geste viel wichtiger und wiegt schwerer, als die im letzten Jahr vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossene symbolische finanzielle Entschädigung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/8422 in seiner 70. Sitzung am 8. Juni 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Innenausschuss** hat nicht abgestimmt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/8422 in seiner 78. Sitzung am 22. Juni 2016 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 18/8422 abzulehnen. Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 22. Juni 2016

Dr. André Berghegger
Berichtersteller

Dr. Hans-Ulrich Krüger
Berichtersteller

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstellerin

Dr. Tobias Lindner
Berichtersteller

